

**Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates
vom 16.12.2008 zum Haushalt 2009 aufgrund von Fraktionsanträgen**

Lfd. Nr.	Beschlusstexte
1.)	<u>Baubetriebshof</u>
	<i>Sämtliche Investitionen für den Baubetriebshof werden der vorbehaltlichen Zustimmung durch den Bauausschuss unterworfen.</i> <i>Die Verwaltung wird aufgefordert, diesbezüglich ein Konzept vorzulegen, das einerseits die Handlungsfähigkeit im Tagesgeschäft des Bauhofes erhält und andererseits der Zukunftsplanung einer Zusammenlegung des Bauhofes mit Hückeswagen und anderen hinsichtlich Ressourcen schonender Beschaffung berücksichtigt.</i> <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Bezüglich des Zustimmungsvorbehaltes für Investitionen wird auf die Vorlagen zur Bauausschusssitzung am 18.06.2009 unter den TOP 1.6.3 und 1.6.4 und zu dieser Ratssitzung unter den TOP 1.5.10 und 1.5.11 verwiesen. Ein Konzept zu benötigten Fahrzeugen und Geräten des Bauhofes wird unter Begleitung durch Deckert-Consulting im Zusammenhang mit den praktischen Umsetzungen der Zusammenlegung der Bauhöfe von Wipperfürth und Hückeswagen erarbeitet. Endgültige Ergebnisse liegen noch nicht vor. Die geplanten Neuanschaffungen wurden zwischen den beiden Bauhöfen und Deckert-Consulting abgestimmt.
2.)	<u>Zentrale Immobilienwirtschaft – Raumkonzept Verwaltung / Selbstlernzentrum EvB / neue Gymnastikhalle etc.</u>
	<i>Die Verwaltung ist aufgefordert, bis zur Sommerpause 2009 dem Rat (HFA) ein erstes Konzept betreffend Verlagerung Bücherei, Nutzungsänderung Wohnraum, Selbstlernzentrum EvB, Erneuerung Gymnastikhalle) vorzulegen, das die Aspekte Wirtschaftlichkeit (u.a. Investitionskosten je Objekt, Folgekosten), Raumkonzept Verwaltung (Soll/Ist) und die zeitliche Umsetzung beinhaltet.</i> <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Eine Verlagerung der Bücherei, Nutzungsänderung des Wohntraktes und eine Erneuerung der Gymnastikhalle kommen derzeit aus finanziellen Gründen nicht in Betracht. Das Selbstlernzentrum wird durch Aufstockung eines 2.OG auf dem östlichen Fachklassentrakt realisiert. Nähere Erläuterungen sind der Vorlage zur Sitzung des Bauausschusses am 18.06.2009 unter TOP 1.9.1 zu entnehmen.
3.)	<u>Gebäudesanierungsmaßnahmen und energetische Erneuerungen</u>
	<i>Die Verwaltung ist aufgefordert, zu prüfen und dem Haupt- und Finanzausschuss (Bauausschuss) rechtzeitig vor Beauftragung und Durchführung von im Haushalt bereits veranschlagten Maßnahmen (insbesondere Seite 68 und Seite 69 ff) zu berichten, ob vom Bund (Land)</i>

	<i>aufgelegte Konjunkturprogramme genutzt werden können und gegebenenfalls die finanzielle Ausstattung der Programme ein Vorziehen von Maßnahmen wirtschaftlicher macht. Insbesondere ist der Aspekt der energetischen Erneuerung noch einmal zu untersuchen und mit dem vorliegenden Energiekonzept für die Stadt abzugleichen und in den Bericht einfließen zu lassen.</i> <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der Beschluss bezieht sich vor allem auf die Nutzbarkeit von Konjunkturprogrammen für energetische Sanierungen an städtischen Gebäuden. Hierzu wird auf die ausführlichen Vorlagen, Beratungen und Beschlussfassungen zum Konjunkturpaket II in den Sitzungen des HFA am 17.03.2009 und des Rates am 24.03.2009 verwiesen. Zu den im Rahmen der Bildungsinfrastrukturmaßnahmen aus dem Konjunkturpaket II konkret durchgeführten Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen wird auf die Vorlage zur Sitzung des Bauausschusses am 18.06.2009 unter TOP 1.9.1 verwiesen.
4.)	<u>Konzept für ein sicheres und sauberes Wipperfürth</u>
	<i>Die Verwaltung berichtet den Fachausschüssen (Schule/Soziales und Jugendhilfe) in einer gemeinsamen Sondersitzung über die Ergebnisse konzeptioneller Überlegungen behördenübergreifender Zusammenarbeit, um das Ziel einer sauberen und sicheren Stadt Wipperfürth in allen Bereichen und auch in Abendstunden möglichst umfassend gewährleisten zu können. Gegebenenfalls ist die Ausweitung der personellen Ausstattung zum Beispiel für Straßensozialarbeit mit zu berücksichtigen. Auch ist in diesem Zusammenhang über die praktische Anwendung und die reale Auswirkung des bestehenden Gebührenkatalogs der ordnungsbehördlichen Verordnung betr. Verdeckung der Stadt zu referieren.</i> <i>Die Kooperation mit Schulen (Was wird derzeit konkret gemacht und was sollte gemacht werden; u.a. Schulsozialarbeit) ist in die Berichterstattung des Konzepts mit einzubeziehen.</i> <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Ein entsprechendes Konzept wurde in der Verwaltung erstellt und abgestimmt, das seit Mai dieses Jahres umgesetzt wird, wie auch in der örtlichen Presse berichtet wurde. Mit regelmäßigen gemeinsamen Kontrollgänge verschiedener Behörden und Institutionen (Ordnungsamt, Polizei, Jugendamt, Schulen), z.T. unter Zuhilfenahme privater Dritter, werden die auffälligen Bereiche in der Innenstadt, aber auch auf den Dörfern, vermehrt beobachtet. Hierbei wird auch der bestehende ordnungsrechtliche Bußgeldkatalog zur Anwendung gebracht.
5.)	<u>Saubere Innenstadt</u>
	<i>Der Verdeckung der Innenstadt ist weiter entgegen zu wirken. Insbesondere am Freitag (Markt) sowie nach Festen in der Innenstadt ist eine überdurchschnittliche Verdeckung (z. B. viele mit Müll überquellende Abfalleimer, umher liegender Müll) festzustellen.</i> <i>Die Verwaltung wird dem Bauausschuss einen aktuellen Sachstandsbericht der Reinigungsarbeiten des Bauhofes und Dritter geben. Anschließend ist darüber zu entscheiden, ob die Maßnahmen hinreichend sind oder ob ergänzende</i>

	<i>Maßnahmen notwendig sind, die eventuell auch eine Überarbeitung der Marktsatzung erforderlich macht.</i> <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Aufgrund personeller Engpässe noch nicht erledigt.
6.)	<u>Personalausstattung Jugendamt</u> <i>Die Verwaltung wird dem Jugendhilfeausschuss sowie dem Haupt- und Finanzausschuss bis April / Mai 2009 berichten, inwieweit nach Prüfung und Beurteilung der aktuellen Lage das Personal im Jugendamtsbereich auskömmlich ist.</i> <i>Begründung: Es ist von gestiegenen Beratungsanforderungen Hilfesuchender und mitunter gestiegenen Fallzahlen insbesondere in den Bereichen der Jugendgerichtshilfe, Kinderschutz-, Trennungs- und Scheidungsberatungen auszugehen, sowie die geänderte Gesetzeslage durch das Gesetz zur Erleichterung familiengerechter Maßnahmen, bedingen unter Umständen eine Ergänzung der personellen Ausstattung des Jugendamtes.</i> <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Seit Februar 2009 ist im städtischen Jugendamt ein vierter Sozialarbeiter beschäftigt. Damit ist der aktuelle Personalbedarf gedeckt.
7.)	<u>Straßenbeleuchtung</u> <i>Die Verwaltung wird beauftragt, das ausstehende Beleuchtungskataster als Teil der Vertragserfüllung von der BEW einzufordern. In seiner Substanz sollten hier Aussagen zu Leuchten, -standort und Schaltkreise enthalten sein. Die diesjährige Diskussion hat gezeigt, dass keine Optimierungslösungen geplant, gestaltet oder auch verglichen werden können, wenn die entsprechenden technischen Auskünfte fehlen.</i> <i>Das Einsetzen von moderner Regelungstechnik kann als Alternativlösung zur Dunkelschaltung in vielen Städten schon erlebt werden, nur in Wipperfürth steht der Zug still. Steigende Energiekosten müssen uns dazu zwingen, entsprechende Lösungen zu finden. Das einzufordernde Kataster sollte bis Juni 2009 vorliegen. Der Bürgermeister hat mit entsprechendem Nachdruck diesen Vertragsbestand einzufordern.</i> <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Ein Straßenbeleuchtungskataster in Karten- und Listenform mit fortlaufender Nummerierung, Standort, Lampentyp und Leuchtmittelart liegt der Tiefbauabteilung vor. Die Verwaltung wird die Angelegenheit im Herbst 2009 in den entsprechenden Ausschüssen aufgreifen.